

Die Hölle am Horn

Die Islamisten sind besiegt, Chaos breitet sich aus, Warlords kehren zurück. Wie soll es weitergehen in Somalia?

Von Dagmar Dehmer

Es gibt zwei Sprichwörter in Somalia, die viel über die Geschichte des Landes erzählen. „Nichts ist sich näher als die Zunge und die Zähne – doch selbst die streiten“, heißt das eine, das andere: „Wenn Du nicht gewinnen kannst, schlage Dich auf die Seite der Sieger“.

Der Krieg in Somalia ist erst einmal vorbei. Die äthiopische Armee hat die somalische Übergangsregierung unterstützt, überraschend schnell konnten sie gemeinsam die sich im Süden verschanzenden Islamisten, die Union der islamischen Gerichte (UCI), niederringen. Viele Somalier würden sich nun gern, dem Sprichwort folgend, auf die Seite der Sieger schlagen. Nur – wer sind die?

Noch ist nicht absehbar, ob die Übergangsregierung unter dem Präsidenten Abdullah Yusuf Ahmed und seinem Premierminister Ali Mohammed Gedi, die seit 2004 ihren Sitz im Exil oder in der Provinz hat, Somalia befrieden kann: einen gescheiterten Staat ohne funktionierende Zentralregierung, erster Wohnsitz der Anarchie, ein Land, das seit Jahren im Chaos lebt, von Klan-Milizen geknechtet, die Hauptstadt Mogadischu gilt als gefährlichste Stadt der Welt.

Schon jetzt mehren sich die Zeichen, dass der Frieden nicht hält. Einen Grund dafür nennt das erste Sprichwort: Zähne und Zunge streiten seit jeher. Die Geschichte Somalias ist die Geschichte von der Unfähigkeit, sich auf irgendetwas zu einigen. Fast alle der sieben bis neun Millionen Menschen, die in dem Land am Horn von Afrika leben, gehören zu Klans und Subklans, die unterschiedliche Interessen haben. Die wichtigsten Gruppen sind die Hawiye, die etwa 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, die Darod mit etwas mehr als 20 Prozent und die Isaac, die überwiegend im nördlichen Somaliland leben, bis 1960 britisches Kolonialgebiet, das sich 1991 für unabhängig erklärt hat, was aber nie anerkannt wurde. 1960 endete auch die Kolonialzeit der Italiener, die im Süden und Zentrum des Landes herrschten. Die zwei Landesteile schlossen sich zusammen, eine naheliegende Entwicklung, denn die Bevölkerung ist ethnisch und religiös weitgehend einheitlich: Somalier und Muslime. Man gab sich eine demokratische Verfassung, 1964 wurde erstmals gewählt. Doch schon damals waren Parteien nicht durch Programmatik, sondern Klanzugehörigkeiten bestimmt.

Die Wissenschaftlerin Jutta Bakonyi hat beobachtet, dass sich die Zahl der Parteien vor Wahlen stets rasant vergrößerte: „Sobald die Gewinner feststanden, traten die Wahlverlierer in dem Bestreben, sich einen lukrativen Staatsposten zu verschaffen, zur siegreichen Seite über.“ Faktisch sei so ein Einparteiensystem entstanden. Korruption und Nepotismus taten ein Übriges. Jahrelang.

1969 putschte sich General Siad Barre an die Macht, um Somalia in einen sozialistischen Staat zu verwandeln, anfangs unterstützt von der Sowjetunion. 1977/78 marschierte er in Äthiopien ein, um die Provinz Ogaden zu erobern, wo überwiegend Somalier leben, wurde aber geschlagen, was ihn im eigenen Land schwächte. Klan-Milizen formierten sich und verjagten ihn 1991. Seitdem bekriegen die sich – Zähne und Zunge waren wieder im Streit.

Was das für die Menschen bedeutete, lässt das somalische Model Waris Dirie in ihrem Buch „Desert Dawn“ ihren Bruder Mohammed erzählen: „Jeder war verrückt wegen des Khats (ein Rauschmittel, das man kaut, raucht oder in Tee auflöst, gewonnen aus der Strauchpflanze *Catha edulis*, Anm. d. Red.) und anderer Drogen, sie wussten nicht, was sie taten und wollten auch nicht darüber nachdenken. Am Nachmittag war die Stadt ruhig, während sie Khat kauten. Doch sobald die Sonne unterging, fing der Terror an.“

Aber nicht nur Waffen und Drogen bedrohten die Menschen in Somalia, auch die Natur meint es nicht gut. Zu den Kriegszerstörungen kam Dürre, es folgte eine Hungernot. 1993 beschlossen die Vereinten Nationen eine „humanitäre Intervention“, um die Menschen mit Nahrung zu versorgen. Doch der Einsatz, an dem sich auch die USA beteiligten, endete im Desaster: Am 3. und 4. Oktober 1993 wurden in Mogadischu zwei US-Hubschrauber abgeschossen, eine wütende Menge schleifte die Leichen amerikanischer Soldaten durch die Straßen. Was Hollywood-Regisseur Ridley Scott zum Drehbuch für den Kriegsfilm „Black Hawk Down“ inspirierte und in der US-Administration ein geflügeltes Wort für unkalkulierbare Risiken wurde („Don't step over the Somali-line“), führte dazu, dass sich die USA und 1995 auch die UN aus dem Land zurückzogen.

Erst nachdem Ende Dezember 2004 der Tsunami, der Asien verwüstete, auch in Somalia etwa 150 Menschen das Leben kostete und Tausende obdachlos machte, begann das Welternährungsprogramm (WFP) wieder damit, Lebensmittelhilfe auszugeben. Allerdings wurden mehrere Schiffe des WFP von Piraten gekapert. Auch auf dem Wasser vor Somalias Küste herrscht Anarchie, es gilt als eines der gefährlichsten Meere der Welt.

In das somalische Organisations- und Machtvakuum stießen im Juli 2006 die Islamisten der UCI vor. Sie brachten neben ihrem drakonischen Strafrecht, der Scharia, und dem Verbot von Fußballübertragungen im Kino vor allem eins: Sicherheit. Im britischen Radio BBC sagte eine Geschäftsfrau, die Zeit, in der die Islamisten die Macht an sich gerissen hatten, sei die einzige gewesen, in der sie mit Mobiltelefon am Ohr über die Straße gehen konnte, ohne beraubt zu werden. Und in der Zeitung „Somaliland Times“ sagte nach der Kapitulation der Islamisten am 28. Dezember 2006 der 21-jährige Said Ali im Interview: „Ich habe nie in meinem Leben eine Regierung gesehen, und die Äthiopier haben mir die einzige Sicherheit genommen, die ich je erlebt habe.“ Sollte es der Übergangsregierung gelingen, den Einwohnern Sicherheit zu bieten, sei er bereit, ihr eine Chance zu geben. Doch Alis erster Eindruck von Premier Gedi und Präsident Yusuf ist vernichtend: „Die steigen nie aus ihren Autos aus.“

Und die Äthiopier spielen in Somalia weiter eine wichtige Rolle: Die Armee des von vielen als Feind empfundenen christlichen Nachbarstaates soll den Truppen der Übergangsregierung helfen, die von Premier Gedi dekretierte Entwaffnung der Zivilbevölkerung durchzusetzen. Vor drei Wochen hat Gedi den Einwohnern Mogadischus eine Frist von drei Tagen gesetzt, ihre Waffen freiwillig abzugeben, was folgenlos verhallte. Danach gingen die Soldaten der Übergangsregierung gemeinsam mit der äthiopischen Besatzungsarmee von Haus zu Haus und konfiszierten Waffen.

Dass der Aufruf, freiwillig Waffen abzugeben, verpuffte, hatten Experten erwartet. Ulf Terlinden, der als Wissenschaftler für das Düsseldorfer Institut für Entwicklung und Frieden in Somaliland über die Staatenbildung in gescheiterten Staaten forscht, sagt es deutlich: „Das war zum Scheitern verurteilt.“ Wofür es zwei Gründe gibt: Zum einen trauen die Einwohner Mogadischus der Übergangsregierung nicht zu, ihre Sicherheit zu garantieren. Zu Recht, wie es scheint. Die BBC berichtete kurz nach der Machtübernahme durch die Übergangsregierung und ihre äthiopischen Helfer über Straßensperren, errichtet von zahlreichen Kriegsherren, Warlords, die wieder angefangen haben, von der Bevölkerung Wegezoll zu kassieren – ganz so, wie es vor der Kurzherrschaft der Islamisten üblich war. „Wer würde in so einer Situation freiwillig seine Waffe abgeben?“, fragt Terlinden. Zum anderen handelt es sich bei der Waffe oft um den wertvollsten Besitz einer Familie. Ohne Kompensation sei niemand bereit, die herzugeben.

Zusätzlich erschwert wird das Vorhaben von Premier Gedi dadurch, dass es eben Äthiopier sind, bei denen die Waffen abgeliefert werden sollen. Die Äthiopier gelten wegen des Streits um den Ogaden als Feinde. Der Streit ist alt, der äthiopische Kaiser Melenik, der Ende des 19. Jahrhunderts herrschte, hat die Region einst annektiert, doch manche Wunde ist noch sichtbar – der gescheiterte Rückeroberungsfeldzug unter dem somalischen Militärdiktator Siad Barre liegt erst 30 Jahre zurück. Die Äthiopier gewannen damals mit Hilfe der Sowjetunion, die zuvor noch Barre unterstützt und auferüstet hatte, dann aber die Seiten wechselte.

Premier Gedi weiß, dass die Entwaffnung der entscheidende Test für seine Regierung ist, in der überwiegend Kriegsherren sitzen. Er kann sicher sein, dass sich keine afrikanische Friedenstruppe in einer bis an die Zähne bewaffneten somalischen Hauptstadt blicken lässt, um ihm zu helfen. Zudem weiß er, dass Äthiopien so schnell wie möglich abziehen möchte, angeblich schon am Freitag. Der äthiopische Präsident Meles Zenawi hat den Somalia-Feldzug bereits als große finanzielle Last für sein Land bezeichnet. Er forderte gar Kompensation von der westlichen Welt, schließlich sei dieser Krieg Teil des Kampfes gegen den Terror, argumentiert er. Jedenfalls drängt für Gedi die Zeit.

Gegen alle Einwände aus der Bevölkerung wird daher rigoros entwaffnet. Vergangenen Dienstag haben Soldaten der Übergangsregierung beispielsweise dem Wachpersonal der Coca-Cola-Fabrik in Mogadischu ihre Kalaschnikows abgenommen. „Wie sollen wir uns jetzt gegen Überfälle schützen?“, fragte ein Angestellter. Nach Informationen des von der Europäischen Union mitfinanzierten Radiosenders Shabelle in Mogadischu haben die Soldaten zwei Tage zuvor das Arafat-Krankenhaus durchsucht und 19 Maschinengewehre eingesammelt. „Sie haben alle Waffen mitgenommen, mit denen wir das Krankenhaus beschützt haben. Jetzt sind wir angreifbar“, sagte ein empörter Wachmann dem Radio.

Ende der vergangenen Woche schloss Übergangspräsident Yusuf mit fünf Kriegsherren einen Pakt, mit dem die sich verpflichten, ihre Waffen abzugeben und ihre Milizen in die Armee der Übergangsregierung einzugliedern. Gleichzeitig fanden vor dem Präsidentenpalast, der nach 16 Jahren Bürgerkrieg nur noch wenig Ähnlichkeit mit einem Palast hat, Schießereien mit anderen Kriegsherren statt. Trotzdem sagte Premier Gedi, der nach wie vor von der Provinzstadt Baidoa aus regiert, mit unverbrüchlichem Optimismus, die Regierung beherrsche den Flughafen und den Hafen in Mogadischu.

Vermutlich werden die von der äthiopischen Armee beschlagnahmten Waffen sofort von den Soldaten der Übergangsregierung übernommen. Zwar hat diese in den vergangenen zweieinhalb Jahren nur wenig mehr getan, als auf dem internationalen Markt so viele Waffen wie möglich zu kaufen. Dennoch dürfte die Ausrüstung der Armee bescheiden sein. Schließlich galt bis vor einem Monat ein Waffenembargo der UN gegen Somalia.

Doch selbst wenn Gedi mit der Entwaffnungsaktion hier und da erfolgreich sein sollte, wird er Mogadischu nicht gänzlich von Waffen befreien können, dazu gibt es einfach zu viele: Die rund zwei Millionen Einwohner der Hauptstadt verfügen Schätzungen zufolge über gut eine Million Waffen. Da wirkt der Befehl zum Einsammeln nahezu komisch.

Die Unlust der Bevölkerung, sich von den Waffen zu trennen, liegt auch darin begründet, dass kaum jemand glaubt, dass die Zeiten des Krieges vorbei sind. Matt Bryden, der die NGO-Organisation „International Crisis Group“ berät, ist sicher, dass es nur dann eine Chance auf Frieden und einen Wiederaufbau des Landes geben kann, wenn die Übergangsregierung den bisher unterrepräsentierten Klan der Hawiye, dessen Mitglieder überwiegend in Mogadischu leben, in die Regierung integriert und mit gemäßigten Kräften der UCI-Islamisten über eine Einbeziehung spricht. Aber es sieht nicht so aus, als wolle Premier Gedi diesem Rat folgen. Erst Anfang der Woche hat er noch einmal gesagt: „Wir werden nicht mit den Islamisten sprechen, weil sie das Al-Qaida-Terrornetzwerk in unser Land gebracht haben. Wir werden sie jagen und vor Gericht stellen.“ Dass diese Strategie ein schwerer Fehler ist, darüber ist sich auch die Somalia-Kontaktgruppe einig, der neben den UN, der EU, der Afrikanischen Union und den USA die Arabische Liga, eine ostafrikanische Regionalorganisation sowie weitere europäische Länder angehören.

Somalia-Experte Terlinden bezweifelt, dass die Übergangsregierung überhaupt über das „zivile Gestaltungspotenzial“ verfügt, eine echte Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Die sei aber Voraussetzung dafür, dass ein Einsatz einer Friedenstruppe der Afrikanischen Union oder der UN eine Chance hat. Dafür müssten die Verhältnisse in Mogadischu einigermaßen übersichtlich und stabil sein. Wer würde sonst Soldaten schicken, in ein Himmelfahrtskommando? Dazu ist derzeit nicht einmal Uganda bereit, das als erstes Land 1500 Soldaten für eine solche Friedenstruppe angeboten hat.

In den Wirren des Krieges sind tausende Somalier geflohen. Allein im Norden des Nachbarlandes Kenia leben mehr als 160 000 Menschen in Flüchtlingslagern und weitere mindestens 40 000 flohen in die Städte, vor allem in die Hauptstadt Nairobi. Hunderte haben versucht, dem Chaos in ihrer Heimat über den Golf von Aden nach Jemen zu entkommen, viele sind

umgekommen, weil die Schlepper sie zwangen, Kilometer vor der Küste ins Meer zu springen und an Land zu schwimmen. Wenn die Übergangsregierung unter Premier Gedi tatsächlich Gespräche mit ihren Gegnern verweigert, dürften es noch sehr viel mehr werden.